

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliche Redaktion:
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Verlagsgesellschaft mbH
Auer, Erzgebirge
Tageblatt Auergebirge
Jahrgang 15. 1920

Belegpreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.00 Mk. Bei der Post bestellt und abgeholt monatlich 3.00 Mk. monatlich 4.00 Mk. Erscheinungstag: In den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. In den Zeitungsausträgen und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für die Zeitungsblätter oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Gebiet des Erzgebirges 70 Pf., auswärtige Anzeigen 80 Pf., Reklamapostkarte für Auer und dem Gebiet des Erzgebirges 100 Pf., sonst 120 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 9 1/2 Uhr vorm. Die Zeitungen im Lande werden nicht geliefert, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder Postzustellung nicht deutlich besetzt ist.

Nr. 135

Dienstag, den 15. Juni 1920.

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Mit der Kabinettsbildung ist nunmehr der Zentrumsführer Trimborn beauftragt worden, der den Sozialdemokraten einen Block der Mitte (Demokraten, Zentrum und Volkspartei) vorschlägt.

Die Bayerische Volkspartei beschloß, die Verbindung mit der Reichs-Zentrumspartei erst nach der Ausschiffung Erzbergers aufzunehmen.

Die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist zum 30. Juni beschlossen.

England hat seine Beteiligung an den belgisch-französischen Bündnisverhandlungen abgelehnt.

Es verlautet, Italien benötige für die Wiedergutmachung 66 Milliarden Lire. Mitti beabsichtigt, diese Summe den Alliierten bei der Erörterung der Verteilung des durch Deutschland zu zahlenden Betrages zu nennen.

Das Reutersbüro erfährt, daß die Bolschewisten Finnland um einen sofortigen Waffenstillstand ersucht haben.

Trimborn übernimmt die Kabinettsbildung.

Demnach ringt zur Stunde also der Führer des Zentrums mit dem Problem zu dem sich bisher drei Wege als gangbar erwiesen haben. Der Linksbund ist gescheitert. Die Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Mehrheitssozialdemokratie ist gescheitert, und an der Tatsache, daß Dr. Heinze, als der Austrag zur Regierungsbildung bei ihm lag, gar nicht erst den Versuch eines Rechtsblocks unternommen hat, sieht man deutlich genug die Aussichtslosigkeit einer solchen Lösung abgedrückt, für die es ohnehin keines besonderen Wortes bedarf. Trimborn wird also aus der Auswahl der weiteren fraglichen Möglichkeiten einen vierten Weg suchen haben. Man darf diesem Versuche mit starkem Pessimismus entgegensehen. Scheitert er, so tritt die Frage einer Präsidentenwahl ins Licht in den Vordergrund. Der Beschluß der Mehrheitssozialdemokraten, gegenwärtig die Koalition abzulehnen, hat die Stellung des Reichspräsidenten zweifellos berührt. Welt bis in die Kreise der Rechten hinein besteht freilich der Wunsch, eine solche Verschärfung der innerpolitischen Situation im gegenwärtigen Moment zu vermeiden, und so ist, wie ein Berliner Mitteilungsblatt meldet, von allen Seiten, auch von der Rechten, auf den Präsidenten Ebert eingewirkt worden, jede derartige persönliche Ermüdung beiseite zu stellen.

Was den Entschluß Trimborns zur Übernahme des Auftrages der Kabinettsbildung anbetrifft, so wird von Zentrumseite mitgeteilt, daß Trimborn versuchen dürfte, eine Koalition zustande zu bringen, in der die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Föderalisten und die Demokraten sitzen. Ein solches Kabinett würde allerdings nicht die Mehrheit im Reichstag haben. Trimborn läßt sich aber von der Voraussetzung leiten, daß sowohl die Sozialdemokraten als auch die Deutschen Nationalen einer solchen Koalition gegenüber eine wohlwollende Neutralität innehalten würden. In Zentrumskreisen hält man eine reine Rechtskoalition für ausgeschlossen, weil die Demokraten sich an einem bürgerlichen Block nicht beteiligen würden. In demokratischen Kreisen aber rechnet man überhaupt damit, daß Trimborns Versuch, ein Kabinett unter dieser Zustimmung der Deutschen Nationalen und der Sozialdemokraten zustande zu bringen, scheitern wird. Vielleicht würde Trimborn noch versuchen, ein Sachkabinett zustande zu bringen. Sollte ihm auch das nicht gelingen, so dürfte er seine Mission als erledigt betrachten und man glaubt in demokratischen Kreisen, daß alsdann Schiffer mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. Er dürfte dann vermutlich versuchen, das alte Koalitionskabinett wieder zustande zu bringen. Für alle Fälle: Wer mit der Kabinettsbildung beauftragt wird, steht vor dem dornigen Urgegräbe, aus dem heraus einen Pfad zu finden äußerst schwierig sein wird. Vielleicht aber findet sich doch noch ein solcher Pfad, der zu einer möglichen Möglichkeit führt.

Warum die Sozialdemokraten nicht wollten.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses am Sonntag führte der Reichskanzler den sozialdemokratischen Mitgliedern bei den Wahlen auf unpolitische Fragen zurück, wie Erhöhung des Brotpreises und Steuerabzuges von Lohn und Gehalt. Weiter habe das Verhalten der Entente, insbesondere Frankreichs, weite Kreise des deutschen Volkes den nationalsozialistischen Parteien in die Arme getrieben. Zu der Frage, ob ohne die Deutsche Volkspartei aus den bisherigen Koalitionsparteien eine tragfähige Mehrheit möglich sei, wies der Reichskanzler darauf hin, daß die obersteinsten Abgeordneten noch immer an der Ausreise gehindert würden; ohne deren

Stimmen aber verfolge die Koalition nicht einmal über eine schwache siffernmäßige Mehrheit. Die Haltung der Unabhängigen sei unsicher und schwankend. Nachdem die Mehrheitssozialdemokraten die von den Unabhängigen aufgestellten acht Punkte angenommen hätten, wären die Unabhängigen von diesen acht Punkten wieder abgerückt. Ein Verbleiben der Sozialdemokraten in einer nach rechts erweiterten Regierung bringe der Partei so großen Schaden, daß es für sie nicht in Frage kommen könne. Die Rechtsparteien wollten die Sozialdemokraten aufreiben. Die von der bisherigen Regierung angestellten sozialdemokratischen Beamten dürften im Falle des Ausscheidens der Sozialdemokraten aus der Regierung ohne Zwang ihren Platz nicht verlassen. Auch vom Reichspräsidenten müsse man verlangen, daß er aus politischen Gründen das Opfer bringe, solange wie möglich auszuharren. Der Übergang des Heeres in die Hände einer sozialdemokratischen Regierung wäre weniger bedenklich, wohl aber sei zu fragen, was bei einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei aus der Sozialisierung des Schienenbaues und aus der Befriedigung des Gewinnes der Kohlenmagnaten werden sollte.

Radikale Vorparierungen gegen eine bürgerliche Regierung.

Innerhalb der radikalen Betriebsräte und des Reichswirtschaftsrates in Berlin hat sich am Sonnabend ein Aktionskomitee gebildet, dem die Entschlossenen für die radikale Arbeiterschaft übertragen wurden, für den Fall der Konstituierung der bürgerlichen Regierung im Reich. — Die Unabhängigen und die Kommunisten in den Berliner Gewerkschaften haben Klärung beim Gewerkschaftskartell eingeleitet, die die Ausschließung mehrheitssozialistischer Mitglieder von den Vorstandämtern verlangen.

Berlin — Wien.

Die österreichische Reflexkrise. Mancher will es nicht wahr haben, und doch ist es so: Der Zusammenbruch der österreichischen Parteienkoalition ist durch die reichsdeutschen Wahlen ausgelöst worden. Es ist eine Reflexkrise. Und wie in Berlin weiß auch in Wien kein Mensch, wie man den zerbrochenen Krug kitten soll. In Deutschland zeigen sich die Sprünge der Koalition schon lange. Sozialdemokraten und Christlich-Sozialisten, das war wie Pferd und Stier in einem Gespann. Nur die schreckliche Not des Vaterlandes hielt die ungleichen politischen Demeramente zusammen. Im Grunde hatten sie sich. Das kam bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck. Die Steuerpolitik, besonders die Vermögensabgabe, war der Hauptankersatzel. Man tritt nur nicht gern allzu offen darüber. Uneinig hieß man sich auch über die Struktur des neuen Staates. Zentralisation oder Dezentralisation, d. h. die Selbständigkeit der Länder Tirol, Salzburg, Steiermark usw., eine Struktur ähnlich der Schweizer Kantonalverfassung. Die Sozialdemokraten wissen, daß sie in diesem Falle ihre Leute außerhalb Wiens nicht mehr fest in der Hand hätten und sind dagegen. Schließlich kam es wegen der Soldatenräte, die in Österreich noch eine große Rolle spielen, zum Bruch. Die Christlich-Sozialisten, denen ohnehin die 570 Millionen Kostenauflauf für das neue Heer von 30 000 Mann ein Grauel sind, schoben die Großen deutschen als Sprechrohr vor. Und über Nacht sah der Staatskanzler Dr. Renner ein, daß all sein Davieren und Probieren umsonst ist. Es geht nicht mehr und deswegen muß er gehen. Natürlich schießt er wie Herr Müller in Berlin die Geschäfte weiter, bis die Parteien sich auf eine neue Form des Zusammengehens geeinigt haben. Aber wie die Lage wie du willst, es zeigt sich nur immer wieder, daß sich die eben noch verbundenen Herrschaften der alten Ueget- und der alten Viktor-Adler-Partei schroff und feindsüchtig gegenüberstellen.

Und das Schlimmste: Es liegen nicht, wie in Deutschland, Neuwahlen vor, die Parteiverchiebungen gebracht haben, auf die man hohen Wante. Also was tun? Die Nationalversammlung auflösen? Das ist nur auf Grund eines besonderen Gesetzes möglich, und dieses kommt wohl kaum zustande. Es muß also mit vorhandenen Parteien eine neue Regierung gebaut werden. Die Sache eilt. Denn schon droht die politische Anarchie einzuziehen. Die Lebensmittelräte sind in Gefahr. Die Entente winkt warnend mit dem Finger. In dieser Not suchen die bürgerlichen Parteien um jeden Preis zusammen zu kommen, um eine Regierung gegen die sozialistische Minderheit aufzubringen. Aber recht bescheiden ist dieser Versuch vorläufig eine Selbstenkläre, die bei der gerügten Generalkonferenz der Parteien, zumal bis jetzt kein Anhaltspunkt dafür gegeben ist, daß die Westmächte ein Dorthyregime in Wien unterstützen werden. Auf der anderen Seite steht jetzt der linke Flügel der Sozialdemokratie, geführt von Dr. Bauer und Dr. Fritz Adler, seine Stunde für gekommen. Von diesen beiden Führern ist Dr. Otto Bauer, der im Sommer vorigen Jahres als Außenminister zurücktrat, entschieden der Hauptbühnener. Bauer, der in der russischen Gefangenenschaft die Segnungen des Bolschewismus kennen gelernt und die Freundschaft Lenins erworben hatte, rückt jedoch durch ein Buch über die Son-

deretel von dem Rätesystem und der Moskauer Internationale deutlich ab. Den Wahnwitz der Sozialisierung aller Industriebetriebe hat er schon stillschweigend aber noch geworfen. Der Entente ist er als Kommunist nicht mehr verdächtig. Es wäre also denkbar, daß er über die politische Leiche Dr. Renners hinweg als Kanzler an die Spitze der Koalition tritt, wenn diese eben wirklich zusammengelimit werden sollte. Aber auch dann kann jeder Augenblick eine neue Krise bringen. Dr. Bauer ist bekanntlich ein energischer Befürworter des Anschlusses an Deutschland. Er hat ja auch nach seinem Rücktritt im vorigen Jahr den Triumph erlebt, daß nicht nur seine Parteigenossen, sondern auch die Christlich-Sozialen immer mehr zur Erkenntnis kamen, daß das verkleinerte, verhungerte Österreich keine andere Rettung finden werde, als das Aufgehen im Deutschen Reich. Auch die westliche Orientierung Renners machte ja neuerdings dem von Bauer geforderten Anschlußgedanken Platz. Alles wäre reif für Bauer, wenn London und Paris ihn erlauben.

Giolitti Rückkehr zur Macht.

Corriere della Sera meldet: Das Ministerium Giolitti hält sich auf den Boden des Versailles-Vertrages. Es hält die Änderung und Anpassung dieses Vertrages an die heutige politische und wirtschaftliche Lage der früheren Mittelmächte für wünschenswert. Diese Frage sei aber nur von allen Alliierten gemeinsam zu lösen, gegebenenfalls auf dem Wege über den Völkerbund.

Der Name Giolitti ist für weite Kreise in Deutschland fast gleichbedeutend mit einem deutschfreundlichen außenpolitischen Kurs Italiens. In die Welt seiner ersten Ministerpräsidentenschaft 1892 fiel der Besuch des deutschen Kaiserpaars in Rom. 1903, als Giolitti zum dritten Male Ministerpräsident war, konterrierte er mit dem Reichskanzler Fürsten Bülow in Venedig. Seine Kammerreden und Wahlreden, in denen er sich für die Dreibundpolitik eingesetzt hat, sind unzählige. Ihm traute man zu, die Neutralität Italiens im Weltkrieg im letzten Augenblick vor dem Ansturm des nationalen Radikalismus zu retten. Er stand mit dem Fürsten Bülow in fester Verbindung, ja, es gelang ihm noch am 13. Mai 1915, den Rücktritt des zum Kriege treibenden Kabinetts Sonnino-Salandra zu erzwingen und eine Audienz beim italienischen König zu erwirken. Es war vergeblich. Die Wohlthäter Englands und Frankreichs gewannen im Bunde mit d'Annunzio die Oberhand und Italien begann seinen Spaziergang nach Wien, um das in Galizien und Polen weidende russische Heer durch einen Angriff auf Österreich zu entlasten. An diese Ereignisse erinnert man sich in Deutschland beim Namen Giolitti und ist geneigt, an seine Rückkehr zur Macht, mancherlei Hoffnungen zu knüpfen. Davor ist doch entschieden zu warnen. Die Mission Giolittis dürfte auf innerpolitischem Gebiet zu suchen sein. Er hat schon einmal eine heillose italienische Finanzkrise entwirrt, schon einmal ist er einer gefährlichen Generalkonferenzbewegung Herr geworden. Um dieser Fähigkeiten willen dürfte er heute ins Amt gerufen worden sein, deshalb schönt sich seine Gegner von gestern mit ihm aus; weil er die letzte Hoffnung bedeutet, Italien ohne lebensgefährliche Erschütterungen aus seiner wirtschaftlichen und politischen Krise zum Wiederaufbau zu führen. Dies ist freilich nicht möglich ohne eine Neuorientierung der äußeren Politik Italiens, die sich aus der Abhängigkeit von Paris lösen und ihre Handlungsfreiheit zurückgewinnen muß. Wie Mitti wird Giolitti seine äußere Politik auf die Verhängung der europäischen Gegenstände abstellen, wie Mitti wird er sich dafür die Hilfe Englands sichern müssen.

Giovanni Giolitti, der populärste Staatsmann Italiens in der neueren Zeit, ist 1843 geboren. Er schlug die Richterlaufbahn ein und wurde 1882 zum ersten Male in die Deputiertenkammer gewählt. 1889 wurde ihm von Crispi das Schatzamt übertragen, 1890 wurde er vorübergehend Finanzminister, 1892 zum ersten Mal Ministerpräsident. Seine weitere politische Laufbahn zeigen folgende Angaben: 1901 Minister des Innern, 1903—05 Ministerpräsident, 1906—09 Ministerpräsident und Minister des Innern, 1911 bis 1914 Ministerpräsident.

Seine politische Weibungen.

Die erste Reichstagsession. Der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach hatte bei seiner Anwesenheit in Berlin am Sonnabend mit dem Reichspräsidenten Ebert und dem Kanzler Müller Konferenzen. Die erste Tagung des deutschen Reichstages soll nur wenige Tage dauern. Nach Entgegennahme der Erklärungen der Regierung, die bis dahin gebildet sein soll, und einer Aussprache der Abgeordneten soll der Reichstag vertagt werden, um nach der Konferenz in Spa wieder zusammenzutreten.

Die Frauen im neuen Reichstag. In dem neuen Reichstag sind von 447 Abgeordneten dreißig Frauen gewählt, und zwar von der Deutschen Volkspartei: Margarete Behm, Paula Mueller, Frau Hoff-Jelz, von der D. W. P.: Frau Direktor Elsa May, Frau Ratinka von Ohelmb, Frau Klara Wende; vom Zentrum: Frau Hedwig Dransfeld, Frau Fennsch; von der D. M. P.: Marie Raab, Gertrud Bäumer, Frau Brönnner-Höpfner, Marie El. Aders; von der S. V. D.: Frau Klara Böhm-Schuch, Minna Bollmann, Frau Marie Juchacz, Wilhelmine Köhler, Frau Hüller, Frau Gante, Frau Antonie Pflaß, Elfriede

z.
m!
Str. 23.
au
ach-
ch,
8N,
ark.
str.
g.
en.
g. emigren
Lebensver-
Fuerer Dr-
ndlungs-
s Kustant.
Engel
thandel.
Derungen
andels in
verbände.
bringende
Ergeb.
geöffnet!
Zun:
Zellen.
ter
te.
dem
ten,
cten
ten.
feinsten